

# Übersichten

Juli 2002

---



---

## Außenpolitik

---



---

### 1 Misstrauen belastet US-China-Beziehungen

Fast zwei Monate waren nach dem Besuch des stellvertretenden chinesischen Präsidenten Hu Jintao in Washington und dem in diesem Zusammenhang vom amerikanischen Verteidigungsminister Rumsfeld bekundeten Wunsch, den bilateralen Austausch im militärischen Bereich wieder aufzunehmen, bereits vergangen. Erst Anfang Juli folgte nach Ansicht von amerikanischen Kommentatoren mit der Entsendung von Peter Rodman, im amerikanischen Verteidigungsministerium leitend zuständig für internationale Sicherheit, zu Gesprächen nach Beijing ein erster Folgeschritt in dieser Sache. Während seiner dreitägigen Chinareise traf Rodman zu Konsultationen mit dem stellvertretenden chinesischen Außenminister Li Zhaoxing und Verteidigungsminister Chi Haotian zusammen.

Allgemein wird die Tatsache, dass Beijing und Washington überhaupt das Gespräch über den militärischen Konsultations- und Austauschprozess fort-

setzen, als positives Signal gewertet. Allerdings gilt es auf dem Weg zu einem funktionierenden Mechanismus noch viele Hürden aus dem Wege zu räumen. Bereits während des USA-Besuchs Hu Jintaos war als eine der Haupthürden der aus Sicht der USA auch schon vor der infolge des Zusammenstoßes eines amerikanischen Aufklärungsflugzeugs mit einem chinesischen Abfangjäger vor der chinesischen Küste vor eineinhalb Jahren erfolgten Unterbrechung der Zusammenarbeit in Militärangelegenheiten bestehende Mangel an Reziprozität in diesem Kontext benannt worden. Beijing lasse, so hieß es damals und auch noch heute im Pentagon, Transparenz in Militärangelegenheiten vermissen, während es auf der anderen Seite in der Vergangenheit von den gewährten Einsichten in die Verteidigung der USA erheblich profitieren konnte. Ganz undiplomatisch und letztlich auch nicht recht schlüssig war aus dem Pentagon erst kürzlich der Vorwurf erhoben worden, China habe Programme des bilateralen militärischen Austauschs zur Spionage missbraucht.

Obwohl das Thema Transparenz einen zentralen Punkt in den dreitägigen Konsultationen Rodmans in Beijing darstellte, wurden auch jetzt offensichtlich keine Fortschritte erzielt. Aus chinesischer Sicht waren die Gespräche dennoch zumindest in dieser Hinsicht bedingt erfolgreich. China hat es verstanden, sich im Zusammenhang mit der US-Forderung nach mehr Transparenz auf chinesischer Seite geschickt aus der ursprünglich schlechten Verhandlungsposition herauszumanövrieren und den Schwarzen Peter an die USA zurückzugeben. Vor dem Besuch hatte es im Pentagon geheißen, sollte China auf die amerikanischen Forderungen eingehen, könne man von einem echten Durchbruch sprechen. Würden diese abgelehnt werden, könne die chinesische Seite zumindest für das Scheitern der Reetablierung militärischer Beziehungen verantwortlich gemacht werden – eine Situation also, die die US-Regierung sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch in positivem Licht erscheinen ließe. Dass eine solche Einschätzung gelinde gesagt etwas blauäugig war, zeigte sich während des Besuchs Rodmans in Beijing nur zu deutlich.

So hätte dem Pentagon klar sein müssen, dass Gespräche unterhalb der Ebene der Fachminister oder gar der Staatschefs kaum dazu geeignet sind, Durchbrüche in welcher Frage auch immer zu verkünden. Hinzu kommt die offensichtliche Lähmung der chinesischen Politik im Vorfeld des Parteitag im Herbst. Aber auch die Gefahr, den Schwarzen Peter zugeschoßen zu bekommen, wusste die chinesische Diplomatie geschickt abzuwenden. So präsentierte man dem amerikanischen Besucher kurzerhand einen chinesischen Plan für „Transparenz, Dauerhaftigkeit und Reziprozität“ in den bilateralen militärischen Beziehungen – wohlwissend, dass die USA diesem aufgrund zu geringen Entgegenkommens der chinesischen Regierung keinesfalls zustimmen würden.

Da Rodman im US-Verteidigungsministerium federführend mit dem „Kampf gegen den Terrorismus“ betraut ist, liegt jedoch nahe, dass der Besuch nicht zuletzt dazu gedient haben wird, Möglichkeiten einer Annäherung der Positionen hinsichtlich eines von den USA offenbar geplanten und von China kategorisch abgelehnten militärischen Angriffs auf den Irak auszuloten. Gesprächsthemen dürften sicher auch Erklärungen Washingtons über das Verhältnis zwischen der USA und Russland wie auch amerikanische Warnungen vor chinesischen Schritten gegen amerikanische strategische Interessen in der Region gewesen sein.

Strittige Themen und Raum für Unterstellungen sind im chinesisch-amerikanischen Verhältnis mehr als genug vorhanden. So sehen sich chinesische Wissenschaftler in ihrer nach dem 11.9.2001 getroffenen Prognose bisher bestätigt, dass die USA die Bekämpfung der Taliban in Afghanistan dazu nutzen würden, sich dauerhaft militärisch in Zentralasien festzusetzen und damit letztlich chinesische Interessen zu bedrohen. Grundsätzlich sieht China die USA als Hegemonialmacht auch vor der eigenen Haustür an, deren Ziel es ist, den Aufstieg Chinas in die Position einer Weltmacht zu verhindern. Dazu dienen aus chinesischer Sicht Waffenverkäufe und Zusammenarbeit mit Taiwan ebenso wie die strategische Verteidigungsinitiative der USA oder Versuche der Bildung einer Allianz mit Japan und Indien gegen China.

Misstrauen und Unterstellungen herrschen jedoch auch auf der anderen, der amerikanischen, Seite vor. Dort ist man in Sicherheitskreisen davon überzeugt, dass China über kurz oder lang zum direkten „strategischen Rivalen“ der USA werden wird. Die Modernisierung der chinesischen Verteidigung diene primär, so meint man dort, der Neutralisierung der amerikanischen Flottenpräsenz im westlichen Pazifik. China unternehme den Versuch, auf Kosten der Stellung der USA in der Region zur dominanten Regionalmacht aufzusteigen. Indirekt wird damit die chinesische Kritik bestätigt, die Vereinigten Staaten seien eine Hegemonialmacht. Auf beiden Seiten ist man jedoch sichtlich bemüht, die Rivalität nicht zu einem offenen Konflikt werden zu lassen. Vielmehr versuchen sowohl Washington als auch Beijing in einer Vielzahl von Kontexten jeweils strategische Vorteile auf Kosten des jeweils anderen zu realisieren. Konnten die USA im Hinblick auf die Stationierung ihrer Truppen in Zentralasien in diesem Spiel um Macht und Einfluss gegen China punkten, so scheint die Volksrepublik gegenwärtig bemüht, insbesondere die Position Japans als Hauptverbündeten der Vereinigten Staaten in der Region zu schwächen.

Nicht immer herrscht dabei jedoch Rationalität zwischen den USA und China. Dass chinesische Politiker innenpolitisch punkten können, wenn sie in der Bevölkerung weit verbreitete anti-amerikanische Ressentiments schüren, indem die US-Regierung dafür verantwortlich gemacht wird, dass China der ihm zustehende Rang in der Welt bislang verwehrt bleibt, ist hinlänglich bekannt. Auch in den Vereinigten Staaten ist China als außenpolitischer Prügelknabe und potenzielle Gefahr für die USA durchaus nicht unpopulär. Neu ist allerdings das Ausmaß der Paranoia. So unterstellen sowohl der jüngste jährliche Pentagonbericht über die militärische Macht Chinas als auch eine vom Kongress in Auftrag gegebene Studie, dass die VR China aggressiv gegen die USA spioniere und dabei auch Gebrauch von beinahe 60.000 chinesischen Auslandsstudenten sowie von Wissenschaftlern, Diplomaten und Firmen in den Vereinigten Staaten mache. Diese Vorwürfe erscheinen nicht nur wenig substantiiert,

sondern wurden in ähnlicher Form vor zehn Jahren auch gegen Japan erhoben.

Letztlich ist es jedoch nach wie vor Taiwan, das längerfristig der kritischste Streitpunkt in den bilateralen Beziehungen zwischen China und den USA bleiben wird. Erst in der ersten Julihälfte provozierte Washington scharfen Protest aus Beijing, als verlautbarte, die USA prüften Taiwan Zugriff zu 200 AIM-120 Luft-Luft-Raketen zu gewähren. Diese Waffen hatte Taiwan bereits von den USA gekauft. Aufgrund der US-Politik, keine Raketentechnologie in die Region zu exportieren, werden die Systeme bislang jedoch auf einem US-Militärstützpunkt für Taiwan gelagert. Hintergrund des neuen Vorschlags zur Weiterreichung der Waffensysteme an Taiwan, der das chinesische Außenministerium zu der Klarstellung an die USA veranlasste, Taiwan sei kein Protektorat der Vereinigten Staaten, war ein vorausgegangener erfolgreicher chinesischer Test mit russischen AA-12 Luft-Luft-Raketen. Auch Pläne der Falken im amerikanischen Kongress, die militärischen Beziehungen mit Taiwan zu intensivieren und auch zu formalisieren bergen erheblichen zukünftigen Konfliktstoff zwischen den USA und der VR China. (SCMP, 3.7., 10.7., 15.7., 17.7.02; *Wen Wei Po* online, 10.7.02, nach FBIS, 11.7.02; ST, 13.7.02; WSJ, 11.7., 24.7.02; XNA, 12.7.02; Xinhua, 14.7.02, nach BBC PF, 15.7.02) -kg-

## 2 Ein Jahr sino-russischer Freundschaftsvertrag

Den ersten Jahrestag des Bestehens des russisch-chinesischen Vertrags über gutnachbarliche Beziehungen über Freundschaft und Zusammenarbeit begingen die Vertragspartner mit gegenseitigen Besuchen hochrangiger Politiker. Während der chinesische Vizepremier Li Lanqing Mitte Juli in Moskau vom Premier der Russischen Föderation Kasyanow empfangen wurde, waren in Beijing Außenminister Tang Jiaxuan, Vizepremier Qian Qichen und Präsident Jiang Zemin die Gesprächspartner von Wladimir Rushailo, Sekretär des russischen Sicherheitsrats.

In begleitenden Presseveröffentlichungen wurde der Vertrag in China als

Meilenstein in der Geschichte der russisch-chinesischen Beziehungen gewürdigt, der großen Einfluss auf Frieden und Stabilität in der Region und in der ganzen Welt habe. Auf der Grundlage dieses Vertrages, so von Xinhua zitierte Ausführungen eines chinesischen Außenpolitikexperten, könnte eine gerechte und rationale Weltordnung aufgebaut werden. Beispielgebend sei die „vollständig neue Idee“ von internationalen Beziehungen, die mit dem Dogma des Kalten Krieges aufräumten, Länder könnten entweder miteinander alliiert oder in Konfrontation zueinander existieren. Russland und China hätten eine neue Art der bilateralen Beziehungen verwirklicht, die ohne Bündnis, ohne Konfrontation existiere und nicht gegen einen Drittstaat gerichtet sei.

Vergegenwärtigt man sich allerdings die Entwicklung der russisch-chinesischen Beziehungen seit Unterzeichnung des Vertrags, so kommt man nicht umhin einen Stillstand zu konstatieren. Vielmehr scheint die politische Distanz zwischen beiden Staaten im Zuge der Westorientierung Russlands eher gewachsen zu sein. Unterschiedliche Sichtweisen auf Stellenwert, Inhalt und Zukunft des Vertrages und damit auch der bilateralen Beziehungen scheinen bei aller oberflächlich zur Schau getragener Übereinstimmung zu überwiegen. In China wurden in den bilateralen Gesprächen so immer wieder Fragen der Sicherheitszusammenarbeit thematisiert. Qian Qichen beispielsweise wünschte sich eine verstärkte Kooperation der GUS mit China im Rahmen der Shanghai Cooperation Organisation. Auch für Tang Jiaxuan war Sicherheit das zentrale Thema im Gespräch mit Rushailo. Da sich Russland aus chinesischer Sicht sicherheitspolitisch zu den USA hingewendet hat, warb Tang für den chinesischen Standpunkt, dass die gegenwärtige „unfaire und irrationale“ Weltwirtschaftsordnung den eigentlichen Grund für Unsicherheit in der Welt darstelle und Russland und China in dieser Hinsicht eine große Übereinstimmung ihrer nationalen Interessen aufwiesen.

Anders als die chinesischen Stellungnahmen zum einjährigen Bestehen des Vertrags, die Ausdruck einer auf die Zukunft weisenden chinesischen Hoffnung auf strategische Zusammenar-

beit waren, zeigte sich der russische Premier Kasyanow im Gespräch im seinem Gast Li Lanqing in Moskau eher rückwärts gewandt „sehr zufrieden mit der Arbeit der verschiedenen bilateralen Regierungskommissionen“. Von strategischer Partnerschaft und Abstimmung der Außenpolitik beider Länder war hier nicht die Rede. Priorität habe für die russische Seite, so Kasyanow, der Ausbau der Beziehungen auf den Feldern Erziehung, Kultur, Gesundheit, Sport und dergleichen mehr. Unterschiedlicher könnten die Perspektiven kaum sein. (XNA, 16.7., 18.7., 19.7.02; Xinhua, 17.7.02, nach BBC PF, 19.7.02) -kg-

### 3 China klagt Taiwan der Inhumanität an

Diverse Medien und nicht amtliche Stellen der VR China nutzten den Tod eines Fischereiarbeiters vom chinesischen Festland zur Erneuerung ihrer seit Ende letzten Jahres verschärft vorgetragenen Kritik an den Lebens- und Arbeitsbedingungen von festlandchinesischen Besatzungsmitgliedern taiwanischer Fischereischiffe. Am 9. Juli war der Mann über Bord eines der so genannten Hotelschiffe gesprungen, als an Bord ein Feuer ausgebrochen war, während das Schiff aufgrund eines herannahenden Taifuns Schutz im Hafen von Gaoxiong suchen wollte. Alle anderen mehr als 130 „Logiergäste“ des Schiffes konnten aus der Luft gerettet werden, bevor es vor der Küste versank.

Insbesondere der Leiter der Co-ordination Commission on Cross-Straits Fishermen's Service Cooperation, Diao Chunhe, wurde mit den Worten zitiert, die taiwanischen Behörden trügen Schuld an dem Vorfall und am Tod des Fischers, da sie schon seit langer Zeit „keinen Respekt für die Menschlichkeit“ zeigten und „die Menschenrechte der Fischereiarbeiter vom chinesischen Festland mit Füßen treten“. Die chinesische Seite bekräftigte ihr im Februar offiziell erlassenes Verbot der Beschäftigung von Arbeitern vom Festland in der taiwanischen Fischereiindustrie. Man werde über die Aufhebung dieses Verbots erst nachdenken, wenn die taiwanische Seite ernsthafte Schritte zur Verbesserung der Lebens- und

Arbeitsbedingungen für die VR-chinesischen Fischer unternehme.

Um das Wohlergehen der Fischer selbst geht es jedoch auch in dieser Erneuerung der Kritik an den taiwanischen Behörden nur vordergründig, hatte man sich auf Seiten der VR China doch sehr lange Zeit gelassen mit dem Eintreten für die Rechte ihrer Bürger. Schließlich haben sich die Bedingungen für Beschäftigung und Unterbringung dieser Arbeitskräfte auf so genannten Hotelbooten – ausgemusterte Fischkutter – außerhalb der 12-Meilen-Zone vor der Küste Taiwans seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, als dieses Phänomen entstand, praktisch nicht geändert. Offiziell nach taiwanischem Recht illegal, drückt die Regierung seither angesichts der in Taiwan nicht zu deckenden Nachfrage nach Fischern in der taiwanischen Fischereiflotte beide Augen zu, solange die in der Offshore- oder Tiefseefischerei beschäftigten Besatzungen aus der VR China nicht taiwanischen Boden betreten.

Offizielle Statistiken aus Taiwan suggerieren nun jedoch, dass die Abhängigkeit von Arbeitskräften vom chinesischen Festland ein existenzbedrohendes Ausmaß angenommen hat. Demnach wuchs deren Zahl von 3.000 im Jahr 1995 auf 25.000 bis 30.000 Personen Anfang des Jahres an. Zwar leben diese Fischer nach wie vor unter menschenunwürdigen Bedingungen auf derzeit 78 vor der taiwanischen Küste ankernden „Hotelschiffen“, doch befinden sich in Taiwan bereits Quartiere zur Aufnahme dieser Fischer im Bau. Die taiwanische Seite beklagt bislang hingegen das geringe Entgegenkommen der Behörden auf dem Festland hinsichtlich der Ausstellung und Überprüfung von Personalpapieren für diese Fischer, da man ansonsten befürchtet, zusätzliche Kanäle für die unkontrollierbare Zuwanderung illegaler Arbeitskräfte aus der Volksrepublik auf taiwanischem Boden zu öffnen.

So ist die neuerliche Kritik ebenso wie das im Februar ausgesprochene, jedoch nie forcierte, Beschäftigungsverbot von Seiten der verschiedenen Stellen auf dem chinesischen Festland zu einem Zeitpunkt, da ohne den Einsatz von Fischern vom Festland 50% der taiwanischen Fischereiflotte still-

gelegt werden müsste, auch anders begründet als durch die Sorge um das Wohlergehen der Landsleute. Vielmehr dürfte es sich um eine weitere Frontlinie im Rahmen der Strategie der chinesischen Regierung handeln, möglichst bald die so genannten drei Direktverbindungen zwischen dem chinesischen Festland und der abtrünnigen Inselprovinz zu realisieren und die Integration beider Territorien zu forcieren. Dabei auf wirtschaftlichen Druck zu setzen, ist keine neue Strategie, und auch der Appell an humanitäre Prinzipien ist im Zusammenhang mit weiter existierenden Beschränkungen für Besuche von Chinesen vom Festland in Taiwan längst bekannt. Dass hier ganz offensichtlich die Bewegungsfreiheit der taiwanischen Regierung durch wirtschaftlichen und öffentlichen Druck im eigenen Land eingeschränkt werden soll, zeigt der Kommentar der Internetausgabe der *Renmin Ribao*, in dem es heißt, die ideologisch begründete Politik der taiwanischen Behörden stehe zunehmend im krassen Widerspruch zur Realität. (CNAT, 10.7.02, nach FBIS, 11.7.02; ST, 11.7., 14.7.02; RMRB online, 13.7.02, nach FBIS, 26.7.02; XNA, 31.7.02) -kg-

### 4 Militärische Vertrauensbildung zwischen China und Taiwan?

Wie erst in der ersten Julihälfte bekannt geworden ist, fand bereits Ende Juni in Beijing ein Symposium statt, das erstmals aktive hochrangige Vertreter der Volksbefreiungsarmee mit bereits im Ruhestand befindlichen Repräsentanten des taiwanischen Militärs zusammenführte. Zwar hatten in der VR China zuvor schon zahlreiche Begegnungen zwischen taiwanischen Delegationen aus allen Lebensbereichen mit hochrangigen offiziellen Gesprächspartnern der chinesischen Seite stattgefunden, doch waren diese in der Regel von Beijing für die Kritik an Li Denghui und seinem Amtsnachfolger, dem jetzigen taiwanischen Präsidenten Chen Shui-bian, propagandistisch ausgeschlachtet worden. Anders diese Konferenz Ende Juni.

In aller Stille aber mit offizieller Rückendeckung beider Seiten traf man sich vordergründig zum wissenschaft-

lichen Austausch über die Frage der „Entwicklung der chinesischen Seemacht seit dem sino-japanischen Krieg 1894-1895“. Zeitungsmeldungen war zu entnehmen, dass es in den Gesprächen zwischen pensionierten taiwanischen Generälen und aktiven hochrangigen VBA-Vertretern aber auch vor allem um die Etablierung von vertrauensbildenden Maßnahmen und von Mechanismen zwischen beiden Armeen ging, die angesichts der fortschreitenden Aufrüstung auf beiden Seiten der Taiwan-Straße (vgl. C.a., 2002/6, Ü 3) zur Vermeidung „versehentlichlicher Kriegshandlungen“ beitragen sollen. Über die konkreten Inhalte des Meinungs austauschs wurde nichts bekannt. Allerdings scheint man die Thematik auf beiden Seiten sehr ernst zu nehmen, nahm doch neben sechs pensionierten Generälen, zwei Parlamentariern der DPP und einem der KMT auf taiwanischer Seite auch der stellvertretende Direktor der Planungs- und Forschungsabteilung des für die Formulierung der taiwanischen Chinapolitik zuständigen Mainland Affairs Council, Zhang Shudi, teil. (WSJ, 17.7.02; ST, 18.7.02; *Ming Bao* online, 18.7.02, nach FBIS, 24.7.02) -kg-

## 5 Streit um amerikanische UNFPA-Beiträge

In einem überraschenden Schritt erklärte der amerikanische Außenminister Colin Powell die Einstellung der Beitragszahlungen zum Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen UNFPA. Die US-Regierung begründete dies mit den Tätigkeiten des UNFPA in China. Der Bevölkerungsfonds, der weltweit Programme in den Bereichen Familienplanung, Fortpflanzungsmedizin und AIDS-Prävention betreibt, habe, so der amerikanische Vorwurf, in China indirekt die dortige Ein-Kind-Politik und damit auch Zwangsabtreibungen und Zwangssterilisationen unterstützt.

Die Verweigerung der Bereitstellung von Beiträgen im Umfang von 34 Mio. US\$ beruht auf der engen Auslegung eines amerikanischen Bundesgesetzes aus dem Jahr 1985, das Zuschüsse an Organisationen verbietet, die unfreiwillige Abtreibungen und Zwangssterilisationen unterstüt-

zen. Der Rückzug der US-Regierung kam umso überraschender, als eine Delegation des amerikanischen Außenministeriums erst im Mai in China festgestellt hatte, dass der UN-Bevölkerungsfonds zumindest wissentlich keine solchen Programme in den 32 chinesischen Kreisen finanziere, in denen er tätig sei. Im Untersuchungsbericht wurde lediglich für die Fortsetzung der Praxis votiert, nach der keine amerikanischen Mittel in Programmen in China eingesetzt werden sollen.

Das chinesische Außenministerium reagierte auf die Verweigerung der Beiträge und die Begründung dafür seitens der USA denn auch entsprechend ungehalten. Ein Sprecher der chinesischen Botschaft in Washington sprach aus, was Kommentatoren ebenfalls vermuten: Die US-Regierung habe sich zu diesem Schritt aus innenpolitischen Erwägungen hinreißen lassen. Zuständig für diese Entscheidung der USA hatte offensichtlich auch nicht Außenminister Powell gezeichnet, der noch im vergangenen Jahr die Tätigkeiten der UNFPA als unersetzbar gewürdigt hatte. Er war offensichtlich lediglich Verkünder einer im Weißen Haus direkt getroffenen Entscheidung.

Interessant fiel auch die Reaktion der chinesischen Zentralbehörde für Familienplanung aus, die jeden Verdacht, UNFPA-Gelder würden zur Durchführung unfreiwilliger Abtreibungen und Sterilisationen in China verwendet, als haltlos bezeichnete. In den 32 Kreisen, in denen UNFPA-Programme durchgeführt werden, gebe es dergleichen definitiv nicht, auch wenn man nicht ausschließen könne, dass es in anderen Teilen Chinas zu solch „ungewöhnlichen Vorkommnissen“ wie erzwungenen Abtreibungen gekommen sei. (AFP, 22.7.02, nach FBIS, 23.7.02; AFP, 23.7.02, nach FBIS, 24.7.02; NZZ, 24.7.02) -kg-

## 6 Britischer Außenminister in China – unspektakulär

Eine interessante Zweiteilung wies Mitte Juli der zweitägige Besuch des britischen Außenministers Jack Straw in Beijing auf. Während in den politischen Gesprächen die weitere Ausdehnung der Wirtschaftskooperation zwischen beiden Staaten sowie die enge Zusammenarbeit im Rahmen des

Weltsicherheitsrates im Vordergrund standen, wurden die konfliktträchtigen Themen Menschenrechte und die Politik der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen von Straw lediglich in einem Vortrag vor Studenten der Qinghua Universität angesprochen. Viel Gehör fand Straw für seinen Vortrag allerdings auch bei den chinesischen Studenten nicht – er sprach vor nur halb gefüllten Rängen.

Im offiziellen politischen Gespräch mit seinem Gastgeber Qian Qichen stimmte Straw der chinesischen Beurteilung der Lage der Welt und der Region im Prinzip zu, nachdem dieser betont hatte, zwischen den Hauptmächten der Welt bestünden gute Beziehungen, man sei sich einig in Fragen der Terrorismusbekämpfung, und Weltfrieden sei auf dieser Grundlage ein erreichbares Ziel. Straw führte weiter aus, sein Land wünsche eine aktive Rolle Chinas in der Weltpolitik. Beide Staatsmänner stimmten darin überein, dass sie als Ständige Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in besonderem Maße Verantwortung zu tragen hätten.

Auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern gedeihen. China und Großbritannien können für das vergangene Jahr auf ein Handelsvolumen von mehr als 10 Mrd. US\$ zurückblicken, was das Vereinigte Königreich zum führenden Handelspartner Chinas in der Europäischen Union macht. Chinesische – meist staatliche – Firmen engagieren sich darüber hinaus vermehrt in Großbritannien. Chinesische Investitionen in den Bereichen Handel, Finanzen, Dienstleistungen und Hightech belaufen sich bislang allerdings nur auf gut 59 Mio. Euro. Auch die Beschäftigungseffekte sind bisher zu vernachlässigen, beschäftigen die inzwischen 130 dort ansässigen chinesischen Firmen doch lediglich 1.000 überwiegend aus China selbst stammende Mitarbeiter.

Aufgrund der Rolle des Vereinigten Königreichs als ehemalige Kolonialmacht blieb natürlich auch das Thema Hongkong nicht aus. Hier konnte in der Bewertung der letzten fünf Jahre nach der Übergabe der Kronkolonie und der Pachtgebiete an China jedoch offensichtlich kein vergleichbar großer Konsens zwischen Straw und Qian

hergestellt werden. Straw beschränkte sich darauf zu konstatieren, das „Gesamturteil“ für das in Hongkong eingeführte Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ falle positiv aus. Das war offensichtlich weniger, als seine chinesischen Gesprächspartner sich gewünscht hatten. Zusätzlich schränkte Straw ein, der Erfolg Hongkongs beruhe im Wesentlichen auf der Herrschaft des Gesetzes, dem Prinzip der Good Governance und der hohen Qualitätsstandards hinsichtlich der öffentlichen Einrichtungen – alles Faktoren, die sich Großbritannien selbst zurechnet.

Die im Anschluss an einen nachfolgenden Besuch Straws in Hongkong geäußerte Einschätzung, die ehemalige Kronkolonie habe sich in den vergangenen fünf Jahren im Wesentlichen zwar positiv entwickelt, doch die zunehmenden Restriktionen im Zusammenhang mit Demonstrationen gäben Anlass zur Sorge, zogen postwendend heftige Kritik aus China nach sich. Im chinesischen Außenministerium verbat man sich ausdrücklich derartige „leichtsinnige Kommentare“ der britischen Seite zu ausschließlich innenpolitischen Angelegenheiten des chinesischen Staates. (SCMP, 15.7., 17.7.02; XNA, 16.7., 19.7.02; RTHK Radio 3 online, 26.7.02, nach BBC PF, 27.7.02) -kg-

## 7 Scheckbuchdiplomatie im Südpazifik

„Im Lichte der Interessen und des gemeinsamen Wunsches der Völker beider Staaten entschieden die Volksrepublik China und die Republik Nauru am 21. Juli 2002 sich gegenseitig anzuerkennen und diplomatische Beziehungen auf Botschaferebene aufzunehmen. Das ist eine Sache, die wert ist gefeiert zu werden.“ In diesem pathetischen Wortlaut meldete die Online-Ausgabe der *Renmin Ribao* den diplomatischen Erfolg der chinesischen Regierung im Südpazifik.

In Hongkong waren am genannten Datum der Präsident der Republik Nauru (21 km<sup>2</sup>, 12.000 Einwohner, davon 3.000 Gastarbeiter aus Kiribati und Tuvalu) und Zhou Wenzhong für das chinesische Außenministerium zu offiziellen Gesprächen zusammengetroffen. Der Präsident Naurus, René Har-

ris, nahm in diesem Zusammenhang das von chinesischer Seite unterbreitete Angebot über Finanzhilfen im Umfang von 60 Mio. US\$ und eines Schuldenerlasses in Höhe von zusätzlich 77 Mio. US\$ an und erklärte sich dafür bereit, die seit 1980 bestehenden diplomatischen Beziehungen zu Taiwan zu beenden und stattdessen die VR China allein anzuerkennen.

Trotz der dringend benötigten chinesischen Finanzhilfen und des Verzichts auf den Schuldendienst an die VR China war die Entscheidung des Regierungschefs im Kabinett des vor dem wirtschaftlichen Ruin stehenden Nauru nicht unumstritten. Drei der fünf Minister der Regierung Harris kritisierten den Schritt.

Taiwan reagierte auf die Nachricht aus Hongkong mit einem Ultimatum an Nauru. Binnen 24 Stunden sollte die Regierung Naurus ihre Entscheidung rückgängig machen. Allerdings erwartete auch in Taiwan offensichtlich niemand eine derartige Kehrtwendung. Offensichtlich konnte oder wollte die taiwanische Regierung im finanziellen Poker um die diplomatische Anerkennung des unbedeutenden Pazifikstaats nicht mithalten und erklärte daraufhin einen Tag später seinerseits den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Nauru.

Auch für die Volksrepublik China hat die politische Anerkennung ihrer ungeteilten Souveränität über das gesamte chinesische Territorium und ihres Alleinvertretungsanspruchs nicht mehr als symbolischen Wert. Die außenpolitische Isolierung Taiwans ist nur ein Baustein der vielgestaltigen Strategie für eine Wiedervereinigung mit Taiwan. So ist zu erwarten, dass weitere ähnliche diplomatische Erfolgsmeldungen folgen werden. Schließlich unterhält Taiwan noch offizielle zwischenstaatliche Beziehungen zu 27 meist verarmten Staaten in Afrika und in Lateinamerika. (WSJ, 21.7.02; XNA, 22.7.02; RMRB online, 22.7.02, nach BBC PF, 23.7.02; NZZ, 26.7.02) -kg-

## 8 Spratly-Anrainer geschlossen gegen China

Der VR China könnte es zukünftig schwerer fallen, ihre Interessen im Südchinesischen Meer gegen die Kon-

kurrenten aus der Region durchzusetzen. Darauf deutet der Schulterchluss der in der ASEAN organisierten südostasiatischen Staaten hin, die wie China Gebietsansprüche in der Meeresregion geltend machen. Von ASEAN-Diplomaten als Meilenstein gefeiert, sprechen die betroffenen südostasiatischen Staaten im Zusammenhang mit den Bemühungen um einen Code of Conduct für das Südchinesische Meer erstmals mit einer Stimme.

In der zweiten Julihälfte wurde der gemeinsame Entwurf eines solchen Dokumentes vorgestellt. Anders als ursprünglich zwischen den ASEAN-Mitgliedern und mit der VR China verhandelt, soll der Verhaltenskodex nicht auf die zwischen verschiedenen Staaten umstrittenen Spratlys beschränkt bleiben, sondern vielmehr auf Druck insbesondere der Philippinen Geltung im gesamten Südchinesischen Meer besitzen. Die Philippinen hatten auf der erweiterten räumlichen Gültigkeit bestanden, weil zwischen ihnen und China ein ungelöster Disput um Scarborough Shoal besteht. Unterstützt wurde der Vorschlag von Vietnam im Hinblick auf seine Territorialprobleme mit China im Gebiet der Paracel Inseln.

Sinn und Zweck des Verhaltenskodex ist es, militärische Zusammenstöße in dem von ungeklärten Territorialansprüchen geprägten Seegebiet zu verhindern. Um China überhaupt ins gemeinsame Boot zu holen, verständigte man sich auf Anraten Malaysias darauf, dass es sich nicht um einen völkerrechtlich verbindlichen multilateralen Vertrag handeln solle, sondern vielmehr um nicht bindende politische Erklärungen aller beteiligten Staaten. Einem Vertrag hätte die Volksrepublik schon nicht zustimmen können, da auch Taiwan zu den Akteuren im territorialen Streit im Südchinesischen Meer zählt. Die Philippinen und Vietnam hatten angesichts jüngerer Dispute mit China ein bindenderes Vertragswerk favorisiert.

Die Version des Code of Conduct, über die nun zwischen den Philippinen, Malaysia, Vietnam und Brunei Einigung erzielt wurde, enthält weiterhin Elemente vorheriger Vorschläge. So soll beispielsweise die Navigationsfreiheit in dem Gebiet unangetastet bleiben. Weiterhin sollen sich alle betroffenen

Nationen verpflichten, sich gegenseitig vor der Durchführung von Militärmärschen zu unterrichten und auch jede Neubesetzung von Teilen der umstrittenen Regionen zu verhindern. (WSJ, 16.7., 26.7.02) -kg-

## 9 Deutlichere Grenze zwischen China und Vietnam

Unter den Augen der eigens zu diesem Zweck angereisten chinesischen und vietnamesischen Verhandlungsführer in den langwierigen Verhandlungen über den Verlauf der gemeinsamen Grenze wurde am 13. Juli bei Hekou eine neue Markierung gesetzt, die die Grenzlinie zwischen der chinesischen Provinz Yunnan und Vietnam bezeichnet. Der stellvertretende chinesische Außenminister und Leiter der Verhandlungsdelegation Wang Yi und sein vietnamesischer Counterpart Le Cong Phung zeigten sich während der Zeremonie zufrieden über das Erreichte und zuversichtlich im Hinblick auf zukünftige Schritte. Bereits Ende Juli erfolgte die weniger zeremonielle Setzung der dritten offiziellen Grenzmarkierung am vietnamesischen Grenzübergang Thanh Thuy.

Damit sind drei Grenzsteine von insgesamt 1.500 derartiger Markierungen gesetzt worden, die innerhalb von drei Jahren entlang der 1.350 km langen gemeinsamen Landgrenze folgen sollen. Einigkeit über den Verlauf der Grenzlinie zwischen beiden Staaten war erst 1999 nach acht Jahre andauernden zähen Verhandlungen hergestellt worden. Die Gespräche hatten sich damals als schwierig erwiesen, weil von vietnamesischer Seite der Vorwurf erhoben wurde, chinesische Truppen hätten bei ihrer Invasion vietnamesischen Gebiets im Krieg von 1979 zahlreiche Grenzsteine versetzt, um so vietnamesisches Territorium zu annektieren. Auch heute, drei Jahre nach Beilegung des Grenzstreits, ist in Vietnam die Kritik an den Zugeständnissen der vietnamesischen Regierung an China nicht verstummt.

Zwar wurde der Verlauf der Landgrenze im Vertrag von 1999 von beiden Staaten festgelegt. Aber bis heute überwiegt vor Ort die Unklarheit darüber, wo das Territorium des einen Staates endet und das des anderen beginnt. Wie notwendig hier eine sicht-

bare Demarkation ist, zeigt ein Vorfall, bei dem erst im Mai ein chinesischer Milizoffizier in einem Schusswechsel mit vietnamesischen Polizisten getötet und ein weiterer schwer verletzt wurde. Die chinesische Milizeinheit aus Yunnan hatte offenbar eine Gruppe von Kriminellen verfolgt, als sie seitens der vietnamesischen Polizei unter Beschuss genommen wurde. Bis zum heutigen Tage konnte nicht geklärt werden, auf welcher Seite der chinesisch-vietnamesischen Grenze sich der Vorfall ereignete. Mit der zügigen Setzung der Grenzsteine erhofft man sich daher auch, den Verlauf der Demarkationslinie deutlicher sichtbar zu machen und damit die Gefahr derartiger Vorfälle zu verringern. (XNA, 12.7.02; SCMP, 15.7.02; ST, 15.7.02; WSJ, 11.7.02; Voice of Vietnam online, 28.7.02, nach BBC PF, 29.7.02) -kg-

## 10 Botschaftssekretär in Kirgistan erschossen

Am Abend des 29. Juni 2002 wurde in der kirgisischen Hauptstadt Bishkek der erste Sekretär der chinesischen Botschaft, Wang Jianping, erschossen. Wang befand sich zum Zeitpunkt seiner Ermordung im Auto eines uighurischen Geschäftsmannes chinesischer Nationalität, der ebenfalls getötet wurde.

Erste Vermutungen des kirgisischen Innenministeriums, der Mord an den beiden Personen könne einen politischen Hintergrund besitzen, führten sehr schnell zu Agentur- und Pressemeldungen, in denen uighurische Separatisten, die für eine Unabhängigkeit Xinjiangs eintreten, als Attentäter identifiziert wurden. Insbesondere die russische Agentur ITAR-TASS wählte sich sicher, dass Mitglieder der Bewegung Freies Turkestan SHAT (Shark Azatlyk Taskhilaty) für die Morde verantwortlich zeichneten.

Auch die in Singapur erscheinende *Straits Times* beteiligte sich lebhaft an den Spekulationen um die Hintergründe der Tat und wollte aus chinesischen Quellen wissen, das Attentat sei als Racheat für die bereits im vergangenen Jahr verhängte Todesstrafe gegen einen usbekischen Uighuren und Angehörigen einer uighurischen Separatistengruppe, der für die Ermordung

von drei Mitgliedern einer Delegation aus Xinjiang im letzten Jahr verantwortlich gemacht wurde, zu verstehen.

All diese Spekulationen erwiesen sich letztlich jedoch als haltlos. Ein politischer Hintergrund des spektakulären Doppelmords konnte ausgeschlossen werden. Es deuteten vielmehr alle Anzeichen darauf hin, dass der chinesische Diplomat starb, weil er sich in „schlechte Gesellschaft“ begeben hatte. Das kirgisische Innenministerium und die chinesische Arbeitsgruppe, die zur Unterstützung der Ermittlungen der kirgisischen Behörden angereist war, kamen zu der Überzeugung, dass der Geschäftsmann, in dessen Begleitung sich Wang befunden hatte, das eigentliche Ziel des Anschlags war.

Man geht inzwischen offensichtlich von einem Auftragsmord an Umar Nurmukhamedov aus Xinjiang im Zusammenhang mit *wirtschaftlichem* Hintergrund aus. Als möglicher Drahtzieher wurde der uighurische Geschäftsmann chinesischer Nationalität Tursun Khalil verhaftet, der den Freiluftmarkt von Bishkek betreibt. Auch sein Fahrer wurde festgenommen, da dieser die Täter zum Tatort gefahren haben soll. (ZXS, 30.6.02, nach BBC PF, 2.7.02; ITAR-TASS, 30.6.02, nach BBC PF, 1.7.02; ITAR-TASS, 1.7.02, nach BBC PF, 2.7.02; RIA, 1.7.02, nach BBC PF, 2.7.02; NZZ, 1.7., 7.7.02; FT, 2.7.02; Interfax, 2.7.02, nach BBC PF, 3.7.02; RMRB online, 2.7.02, nach BBC PF, 3.7.02; ST, 2.7., 5.7.02; SCMP, 3.7.02) -kg-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 11 Vorbereitungen auf den 16. Parteitag: Weiter Unklarheit über Termin und Nachfolgeregelung

Nach mehrmonatigen intensiven Vorbereitungen auf den 16. Parteitag, auf dem die höchsten Führungsgremien der Kommunistischen Partei Chinas neu besetzt werden sollen, besteht auch Ende Juli noch Unklarheit über den Termin sowie über die Nachfolge in den höchsten politischen Führungsämtern. Von den Gesprächen der Füh-